



**Regionaler  
Planungsverband  
Oberlausitz -  
Niederschlesien**

Regionalny  
związek planowania  
Hornja Łužica -  
Delnja Šleska

Bautzen, 29. Mai 2018

Ihr Ansprechpartner:  
**Herr Landrat Lange, Verbandsvorsitzender,  
Sprecher des Beirats**  
03581 / 663 9001

**Herr Zettwitz, Leiter der Verbandsverwaltung**  
03591 / 67966 110

**[www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de](http://www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de)**  
E-Mail: [info@rpv-oberlausitz-niederschlesien.de](mailto:info@rpv-oberlausitz-niederschlesien.de)

## Pressemitteilung

**Am 9. Mai traf sich der „Beirat zum Entwicklungskonzept für die Gemeinden Trebendorf (Trjebin), Schleife (Slepo) und Groß Düben (Džěwin) unter den Bedingungen des langfristigen Braunkohlenbergbaus“ zu seiner 39. Sitzung. Im Mittelpunkt der von Herrn Landrat Lange geleiteten Diskussion standen die energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Umsiedlung von Mühlrose sowie die weitere Entwicklung der Gemeinden Schleife und Trebendorf.**

Herr Staatssekretär Dr. Mangold sicherte den Teilnehmern zu, sich in der Bundeskommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für die Beachtung der Erfordernisse des Lausitzer Reviers einzusetzen, um so die Wertschöpfung und Rekultivierung sicherstellen zu können. Grundlage dafür ist das Revierkonzept der LEAG vom 30.03.2017. Außerdem trat er für vereinfachte Planungs- und Förderverfahren auf Landesebene ein. Eine flexible Handhabung von Förderrichtlinien ist nicht zuletzt deshalb zweckmäßig und nötig, um den besonderen Entwicklungsbedarf bewältigen zu können.

So beinhaltet der zwischen Freistaat, dem Landkreis Görlitz, den Gemeinden und der LEAG vereinbarte Maßnahmenplan unter anderem die Erneuerung der technischen und soziokulturellen Infrastruktur wie der örtlichen Feuerwehren und der sorbischen Kindertagesstätte Milenka. Aus Sicht des Landkreises stellt es eine große Herausforderung dar, dass die genannten Schlüsselprojekte mit anderen, vergleichbaren Fördermaßnahmen im Landkreis konkurrieren. Ferner steht die Aufgabe an, die mittlerweile vorliegenden kommunalen Abwasserbeseitigungskonzepte umzusetzen und das einschlägige Förderprogramm erneut zu aktivieren.

Nachdem nunmehr 33 Haushalte aus Mühlrose für Grundstücke im gemeinschaftlichen Umsiedlungsstandort vorgemerkt worden waren, konnten die Verhandlungen hierzu beginnen.

Weiter auseinander liegen die Positionen noch bezüglich der Wärmelieferung für die nunmehr von Umsiedlung verschonten Ortsteile. Zwar gibt es für sie keine rechtliche Anspruchsgrundlage, jedoch besteht hier das Problem der innergemeindlichen Gleichbehandlung. Angestrebt wird von beiden Seiten ein Kompromiss, welcher einen angemessenen Ausgleich für die betroffenen Bewohner darstellt und deren Mehraufwand begrenzt.

Anspruchsvoll gestalten sich nicht zuletzt die Verhandlungen zu Teil II des Grundlagenvertrags von Mühlrose, zumal der Ortsteil die Gemeinde wechselt und somit die Interessen der

abgebenden und aufnehmenden Gemeinde zu berücksichtigen sind. Nach Abschluss der Verhandlungen soll die Bauleitplanung für den Umsiedlungsstandort vorangetrieben werden, so dass noch im Laufe des Jahres 2019 dessen Erschließung gestartet werden kann.

Alles in allem zeigte die lebhafte Diskussion, dass sich bei intensivem Austausch zwischen den beteiligten Akteuren durchaus sachgerechte Lösungen entwickeln lassen.

*Bernd Lange*

Landrat und Verbandsvorsitzender,  
Sprecher des Beirats